



Niederschrift

-öffentlich-

über die

Sitzung des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü.

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 28.06.2023
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:51 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses, Rückermannstraße 2, 97070 Würzburg

Anwesend waren:

Landrat

Eberth, Thomas

Weitere Mitglieder IKA Stadt Wü

Schuchardt, Christian

Mitglieder der CSU Fraktion

Götz, Jürgen

Krämer, Helmut

Lehrieder, Paul, MdB

Rothenbucher, Andrea

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Hansen, Sebastian

Labeille, Aljoscha

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Freiherr von Zobel, Felix

Schömig, Klara

Mitglieder der SPD Fraktion

Haupt-Kreutzer, Christine

Weitere Mitglieder IKA Stadt Wü

Dehne, Niklas

Grötsch, Christa

Kerner, Christiane

Kolbow, Alexander

Pohl, Petra

Roth, Wolfgang

Schloßareck, Charlotte

Schubert, Kurt

Vorlová, Sandra, Dr.

anwesend ab 16:02 Uhr

anwesend ab 16:05 Uhr

Vertretung für Herrn Martin Heilig

Schriftführer/in

Puchalla, Christine

Außerdem anwesend:

vom Landratsamt:

S - Herr Dröse

ZFB 3 - Frau Schumacher

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Smarte Region Würzburg / Strategie- und Maßnahmenprüfung durch den Fördermittelgeber **StabL/018/2023**
2. Smarte Region Würzburg - Forschungsk Kooperation mit der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (JMU) zur Wirkungsmessung **StabL/017/2023**
3. Vorstellung des Konzepts eines "Childhood Haus" in Würzburg **GB3/007/2023**
4. Definition geeigneter Umsteigepunkte im Stadtgebiet und Abstimmung Fahrpläne der APG und der WSB **StabL/019/2023**
5. Antrag: Für einen Bahnhofpunkt Würzburg-Nord/Gerbrunn **StabL/020/2023**
6. Sonstiges

Landrat Thomas Eberth begrüßt alle anwesenden Mitglieder des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü., alle Gäste und die Damen und Herren der Verwaltung.

Er bedankt sich, dass die Sitzung im Ratssaal abgehalten werden kann und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist, mit der Tagesordnung Einverständnis besteht und die Beschlussfähigkeit hergestellt ist.

Nachdem es hinsichtlich der Niederschriften der Sitzungen des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü. vom 19.12.2022 und 15.02.2023 keine Änderungswünsche gibt, werden diese genehmigt.

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 28.06.2023	Vorlage: StabL/018/2023
		TOP 1
		öffentlich
Fachbereich: S - Stabsstelle Landrat		

Betreff:

Smarte Region Würzburg / Strategie- und Maßnahmenprüfung durch den Fördermittelgeber

Anlage: Präsentation

Sachverhalt:

Das Strategiepapier der Smarten Region Würzburg unter dem Titel „Menschlich aus der Krise - Strategie der Smarten Region Würzburg zur Stärkung der sozialen Resilienz“ und die darin beinhalteten Maßnahmen wurden am 10. März 2023 durch den Kreistag und am 23. März 2023 durch den Stadtrat nach vorausgehender Befassung durch den Interkommunalen Ausschuss stadt.land.wü. (IKA) beschlossen.

Seit 3 Juni 2023 liegt ein erster Entwurf des Prüfungsergebnisses des Fördermittelgebers, das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und die KfW-Bank (KfW) vor.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Strategie in ihrer Gesamtheit genehmigt worden ist. Drei der im Strategiepapier aufgeführten Maßnahmen, „Heimatforum“, „Smart City Hub“ und „Wue App“ wurden mit geringfügigen Auflagen und Anregungen, die unproblematisch umzusetzen sein sollten, genehmigt.

Die Maßnahme „Heldenhelfer“ wurde ebenfalls genehmigt, aber mit klärungsbedürftigen Auflagen versehen. Bei den Maßnahmen, „Wie geht's“, „Mach mit“ und „Changelab“ gibt es umfangreicheren Gesprächsbedarf.

Die Gesamtstrategie, wird, da sie genehmigt wurde, beibehalten. Anpassungen werden nur in den einzelnen Maßnahmen erforderlich werden. Ziel ist es die inhaltliche Ausrichtung auch in den Maßnahmen, wie geplant, umsetzen zu können.

Dazu muss in den anstehenden Gesprächen mit der Koordinierungsstelle (KTS) und vor allem dem BMWSB und der KfW geklärt werden, wie z.T. im Widerspruch zu den bisherigen Vorgaben stehende Auflagen einvernehmlich und projektkonform umgesetzt werden können. Ein Gesprächstermin mit allen Beteiligten wurde bereits angefragt. Erste Gespräche sollen, wenn möglich, noch vor der Sitzung des IKA geführt werden, sofern der Fördermittelgeber ein Terminfenster anbieten kann. Dann könnte eine Information über die notwendigen Anpassungen in den einzelnen Maßnahmen bereits im IKA erfolgen. Sollte es nicht möglich sein, in diesem engen Zeitfenster alle offenen Fragen einvernehmlich zu klären, könnte dies zu einer Verzögerung des Beginns der Umsetzungsphase für die in Rede stehenden Maßnahmenpakete führen.

Die Information über die Modifikation der Maßnahmen würde dann in den nächstmöglichen Gremienläufen (Stadtrat, Kreistag, Kreisausschuss, IKA, je nach zeitlicher Erreichbarkeit) erfolgen.

Es wird diesbezüglich auf den mündlichen Vortrag und die Präsentation im Rahmen der Sitzung verwiesen. Die Ausführungen dienen zur Kenntnis.

Debatte:

Herr Seidel, Smarte Region Würzburg, gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation einen Zwischenbericht zur Strategie- und Maßnahmenprüfung durch die Fördermittelgeber.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur weiteren Veranlassung an SFB 8

Zur Kenntnis an S

Puchalla
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 28.06.2023	Vorlage: StabL/017/2023
		TOP 2
		öffentlich
Fachbereich: S - Stabsstelle Landrat		

Betreff:

Smarte Region Würzburg - Forschungsk Kooperation mit der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (JMU) zur Wirkungsmessung

Anlage: Präsentation

Sachverhalt:

Am 10. März 2023 und am 23. März 2023 wurde die Strategie der Smarten Region „Menschlich aus der Krise – Strategie der Smarten Region Würzburg zur Stärkung der sozialen Resilienz“ durch Kreistag und Stadtrat beschlossen. Ende März wurde die Strategie dem Fördermittelgeber bestehend aus dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB), der KfW Bank (KfW) und der durch das BMWSB beauftragten Koordinierungs- und Transferstelle übersandt.

Die Strategieprüfung beim Fördermittelgeber läuft. Eine Mitteilung zum aktuellen Stand der Prüfung ist Gegenstand eines gesonderten Tagesordnungspunkts dieser Sitzung. Die Maßnahmen, die in der Strategie detailliert beschrieben werden, werden nun aus der Strategie- in die Umsetzungsphase überführt.

Ein wichtiges Förderkriterium ist eine systematische Wirkungsanalyse. Es müssen Erkenntnisse über die soziale Resilienz von Bürgern und Bürgerinnen und eine nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung gewonnen werden. Genauso müssen die Auswirkungen der Maßnahmen der Smarte-Region-Strategie gemessen werden. Die Auswirkungen der Maßnahmen auf die soziale Resilienz der Region muss sichtbar werden.

Eine einfache Übernahme von bereits existierenden Kennzahlen und die schlichte Erfassung ihrer Werte in der Region Würzburg ist nicht möglich. Zwar gibt es bereits erste Studien, die sich mit Digitalisierungsprozessen in Städten und Gemeinden befassen, jedoch sind diese i.d.R. auf ein bestimmtes Untersuchungsgebiet begrenzt und lassen sich nicht ohne Weiteres auf andere Räume Deutschlands übertragen. Und obwohl die soziale Dimension ein entscheidender Bestandteil einer erfolgreichen Stadtentwicklung im Sinne einer Smart City ist, gibt es hier eine große Forschungslücke.

Um die spezifischen Bedürfnisse und Erfahrungen Würzburgs auf dem Weg zu einer Smarten Region zu erfassen und Maßnahmen bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, bedarf es demnach spezifischer Erhebungen mit dem Untersuchungsgebiet von Stadt und Landkreis Würzburg.

Würzburg kann hier als Pionier voranschreiten und im Sinne der Förderziele des BMWSB ein innovatives Analysedesign entwickeln, das dann auch als Modell anderen Städten dienen kann. Ein enger Austausch mit Freiburg i. Br. und Köln, die ebenfalls eine systematische Wirkungsanalyse planen, ist hierfür vorgesehen. Darüber hinaus haben zahlreiche Städte und Gemeinden zwar damit begonnen, Digitalisierung im Sinne einer nachhaltigen

Entwicklung zu gestalten, allerdings gibt es bisher noch keine Erfahrungen mit systematischer Wirkungsanalyse.

Derzeit ist geplant, anhand von zwei repräsentativen Umfragen in der Stadt und im Landkreis Würzburg am Anfang der Umsetzungsphase (Frühjahr 2024) und im letzten Jahr der Umsetzungsphase des Projekts (Frühsommer 2026), ein möglichst umfassendes Verständnis über die soziale Resilienz der Menschen in der Smarten Region Würzburg am Anfang und am Ende des Projekts zu erwerben. Repräsentative Umfragen erlauben es, gesellschaftliche Veränderungsprozesse abzubilden und die Effektivität strategischer Interventionen zur Steigerung der sozialen Resilienz in Würzburg zu bewerten. Neben der Ermittlung des Status-quo und später der Auswirkung des Projekts, können die gewonnenen Erkenntnisse wichtige Synergien zu anderen geplanten Vorhaben von Stadt und Landkreis ergeben, z. B. durch Identifikation von priorisierten gesellschaftlichen Anliegen der Bürger:innen, Partizipationsbereitschaft oder Informationsbedarfen.

Das interdisziplinäre Team von Stadt und Landkreis Würzburg strebt eine öffentlich-rechtliche Kooperation mit der Julius-Maximilians-Universität (JMU), insbesondere mit der Professur Sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung (geleitet von Jun.-Prof. Dr. Ulrike Zeigermann) an. Die JMU kann in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Smarten Region die notwendigen Schritte zur systematischen Wirkungsanalyse vorbereiten und durchführen. Sie verfügt über das nötige wissenschaftliche Know-how zur Auswertung und Aufbereitung der Ergebnisse. Die gewonnenen Daten und Forschungsergebnisse sind von öffentlichem Interesse und werden daher der Allgemeinheit zugänglich gemacht.

Vorgesehen ist zudem eine gerechte Lastenverteilung der durch das Projekt anfallenden Kosten und Ressourcen, die dem erwartbaren Nutzen für beide Partner entspricht. Die JMU wird sich durch eigenes Personal und die Übernahme eines Sachkostenanteils mit einbringen. Überschlägig wird dieser Eigenanteil der JMU für das Gesamtprojekt etwa 65.000 Euro pro Befragung (insgesamt für beide Erhebungen 130.000 Euro) betragen. Die sonstigen, von der Smarten Region Würzburg zu tragenden Kosten werden derzeit auf ca. 90.000 Euro pro Erhebung (insgesamt für beide Erhebungen 180.000 Euro) geschätzt.

Die notwendigen Mittel sind im Haushalt bei der Smarten Region eingeplant und werden zu 65 v. H. gefördert. Erfahrungen bei der Stadt Würzburg selbst mit derartig gelagerten Projekten (z. B. Haushaltsbefragung zum Mobilitätsverhalten) und Anfragen in anderen Städten haben ergeben, dass sich der Kostenrahmen für ähnliche Projekte im Bereich 100.000 - 150.000 Euro pro Erhebung (je nach Komplexität eher darüber) bewegt.

Die Ausführungen dienen zur Kenntnis und zur Vorinformation. Der ausformulierte Kooperationsvertrag mit der JMU mit ausführlicher Projektbeschreibung wird dem Stadtrat voraussichtlich im Herbst 2023 zur Beschlussfassung vorgelegt. Nachdem die Stadt Würzburg Projektträger und Kooperationspartner ist, ist eine Beschlussfassung im Kreistag nicht notwendig.

Debatte:

Herr Seidel, Smarte Region Würzburg, erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation den Sachverhalt.

Die Ausführungen dienen zur Kenntnis. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur weiteren Veranlassung an SFB 8

Zur Kenntnis an S

Puchalla
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 28.06.2023	Vorlage: GB3/007/2023
		TOP 3
		öffentlich
Fachbereich: GB3 - Amt für Jugend und Familie		

Betreff:

Vorstellung des Konzepts eines "Childhood Haus" in Würzburg

Anlage: Präsentation

Sachverhalt:

Die Thematik sexualisierter bzw. körperlicher Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen ist durch zahlreiche Missbrauchsskandale stärker ins das öffentliche Bewusstsein gedrungen. Wenn ein Missbrauchs- oder Misshandlungsfall aktenkundig wird und Ermittlungen eingeleitet werden, folgen derzeit für die Kinder oftmals mehrfache und re-traumatisierende Befragungen und Untersuchungen.

Durch ein übergreifendes Case-Management könnten Belastungen reduziert werden. Dies geschieht beispielweise in den sogenannten „Childhood Häusern“, die eine Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche mit Gewalterfahrungen bieten. In den Childhood Häusern kommen die beteiligten Stellen zu den Betroffenen, und nicht umgekehrt. Zur Zeit existieren bereits acht Childhood Häuser in Deutschland, am 15.06. wurde das erste für Bayern in München eröffnet.

Professor Dr. Romanos von der Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik & Psychotherapie und Professor Dr. Härtel von der Kinderklinik und Poliklinik stellen das Konzept für ein Childhood Haus für die Region Würzburg vor.

Debatte:

Frau Kraft, Stadt Würzburg, führt in das Thema ein. Sie äußert, dass das Thema Kinderschutz allen sehr am Herzen liegt und dass es hier seit ca. 2019 eine sehr enge Kooperation und Vernetzung mit Prof. Dr. Romanos und Prof. Dr. Härtel und Stadt und Landkreis gibt. Im letzten Jahr gab es eine Podiumsdiskussion mit Kolleginnen und Kollegen der Justiz um zu sehen, was man hier tun kann.

Sie erläutert, dass das Modell Childhood Haus ursprünglich aus Schweden kommt und ist der Meinung, dass es wichtig ist, in Stadt und Landkreis voranzugehen.

Prof. Dr. Härtel, Uni Klinikum Würzburg, stellt das Konzept eines Childhood Hauses anhand einer Powerpoint-Präsentation vor und erläutert den aktuellen Planungsstand. Er informiert über die Zusage der Universität für die Räumlichkeiten am Deutschen Zentrum für Präventionsforschung Psychische Gesundheit (DZPP), welche bereits vorliegt.

Landrat Eberth dankt Herrn Prof. Dr. Härtel für den Vortrag.

Oberbürgermeister Schuchardt stellt fest, dass dies ein sehr gutes Konzept ist, welches mittelbar auch Synergien in den Jugendämtern schaffen kann. Er weist auf die Informationen auf der Homepage hin, auf der man u.a. sieht, dass es ganz unterschiedliche Trägerstrukturen deutschlandweit gibt, vor allem auch dahingehend, wer in die Trägerschaften hineingeht.

Bei uns in Würzburg greift die Tatsache, dass die Universität das Projekt mit begleitet und so auch praxisorientiert die Außenwirkung auf andere Art maximiert. Oberbürgermeister Schuchardt bedankt sich im Anschluss für das tolle Engagement.

Landrat Eberth schließt sich den Ausführungen des Oberbürgermeisters an.

Stadtrat Kolbow bedankt sich ebenfalls bei Prof. Dr. Härtel.

Er führt aus, dass man sich bewusst machen muss, dass ein sicherer Raum nötig ist und die meisten Missbrauchsfälle im privaten Nahbereich stattfinden, teilweise im familiären Umfeld. Es ist leider nicht sichergestellt, dass „daheim“ eine sichere familiäre Situation stattfindet. Wichtigster Aspekt hierbei ist, einen sicheren Raum zu schaffen, der nicht noch mehr Unsicherheit bringt. Deshalb ist es ihm besonders wichtig, das Projekt zu unterstützen.

Prof. Dr. Härtel dankt Herrn Kolbow für seine Worte und ergänzt, dass es das Eine ist, die kindgerechte und familiengerechte Umgebung zu schaffen. Das Andere ist es, alle Strategien auszunutzen, um ein gerichtsfestes Verfahren zu garantieren, wie z.B. Videotechnik usw.. Er ist dankbar, dass die Justiz und die Polizei hier dabei sind.

Kreisrätin Rothenbacher möchte wissen, wie man sich das Netzwerk vorstellen kann, wie dieses gestaltet und wie die praktische Umsetzung ist. Sie fragt nach, ob es eine Unterbringung wie in einer Klinik gibt und welches Personal dauerhaft vorgehalten werden soll.

Prof. Dr. Härtel führt aus, dass ein niederschwelliges Angebot/Case-Management geschaffen werden muss, um von dort alle weiteren Schritte zu organisieren. Von diesem Case-Management soll die Koordinierung erfolgen; bisher war das manchmal ein Problem. Es soll so koordiniert sein, dass alles zentriert ist auf eine einmalige Vorstellung des Kindes, damit entsprechendes Beweismaterial geliefert werden kann für ein gerichtsfestes Verfahren. Er weist auf die Wichtigkeit der Koordinierung hin. Prof. Dr. Härtel stellt fest, dass wir dies gemeinsam als Strategie deklarieren können.

Frau Kraft informiert weiter, dass dieses Case-Management in den allgemeinen Sozialdiensten organisiert werden soll. Es kann dann über die Rufbereitschaften entschieden werden, was ein Childhood-Fall ist. Sie unterstreicht die Tatsache, dass nicht nur ein Kind, sondern die ganze Familie betroffen ist. Im ganzen System des Jugendamtes kann anders agiert werden, da nicht noch eine Zwischenstelle bei einem freien Träger vorhanden ist, d.h. die Hilfe kommt schneller an. Auch das Familiensystem kann über den ASD flankierend unterstützt und das Ziel der Jugendämter damit besser verfolgt werden.

Landrat Eberth ergänzt, dass die Vernetzung Stadt-Land Jugendämter mit vielen Stellen sehr gut ist, jedoch die Koordinationsstelle, die zuarbeitet und vernetzt sehr wichtig ist.

Kreisrat Lehrieder stellt fest, dass das System sich erheblich vom System der Frauenhäuser unterscheidet und informiert, dass die Themen Missbrauchsfälle, Kindergewalt und Cybercrime auch in der Kinder-Kommission des Deutschen Bundestages thematisiert wurden. Er fasst zusammen, dass Anonymität und kindgerechter Umgang hier besonders wichtig ist und dass die Zahl der Inobhutnahmen insgesamt drastisch gestiegen ist. Kreisrat Lehrieder weist darauf hin, dass es bei dem Konzept Childhood Haus keine Unterbringungsmöglichkeit i.S. von „Einrichtung“ gibt.

Prof. Dr. Härtel bestätigt dies. Man braucht ein niederschwelliges Angebot für Familien aber auch für betroffene Kinder, die sich ihren Eltern gegenüber nicht äußern möchten. Er informiert über die Qualitätsmerkmale, die ausschlaggebend für das Gütesiegel Childhood Haus sind. Dazu gehört neben der Vernetzung, dem Casemanagement durch die Jugendämter auch die ärztliche psychotherapeutische Versorgung.

Stadträtin Kerner fragt nach, ob man dann entsprechendes Fachpersonal habe, so dass man auch als Eltern Hilfe suchen kann, wenn man merkt, dass sich ein Kind verändert. Sie bezieht sich hierbei auf den Fall des Würzburger Logopäden.

Frau Kraft erläutert, dass der SKF sich spezialisiert hat, in solchen Fällen zu reagieren. Zudem fand eine Kinderfachtagung für pädagogisches Fachpersonal statt. Sie unterstreicht den Präventionsgedanken des Childhood Haus und dass insbesondere eine Sensibilisierung der Polizei, der pädagogischen Fachkräfte wichtig ist. Frau Kraft ergänzt, dass man ein großes und gutes Netzwerk in Würzburg Stadt und Land habe, ein Childhood Haus jedoch ein Quantensprung wäre, was den Kinderschutz angeht.

Prof. Dr. Härtel geht noch ein auf Kinder, die höchst vulnerabel sind, z.B. eine geistige Behinderung haben. Gerade hier ist es wichtig, dass man diese Kinder schützt und Aufklärung der Schulen und Kindergärten erfolgt.

Landrat Eberth fasst zusammen, dass wir hier auf einem guten Weg in der Zusammenarbeit sind und dankt nochmals Herrn Prof. Dr. Härtel und Frau Kraft für die Ausführungen.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur Kenntnis an GB 3

Puchalla
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 28.06.2023	Vorlage: StabL/019/2023
		TOP 4
		öffentlich
Fachbereich: S - Stabsstelle Landrat		

Betreff:

**Definition geeigneter Umsteigepunkte im Stadtgebiet und Abstimmung
Fahrpläne der APG und der WSB**

Sachverhalt:

In der Sitzung des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü. (IKA) am 19.12.2022 wurden u. a. folgende Beschlüsse beim TOP Ö5 gefasst:

Punkt 1. Definition geeigneter Umsteigepunkte im Stadtgebiet, einschließlich der Bahnhaltepunkte. Dabei soll auch auf eine Optimierung der Umsteigebeziehungen am Busbahnhof durch Neubelegung der Bussteige eingegangen werden.

Punkt 2. Abstimmung der Fahrpläne der APG und der WSB aufeinander sowie auf den Fahrplan der DB, sodass regelmäßig funktionierende Umsteigebeziehungen mit angemessener Umsteigezeit entstehen sowie die Möglichkeit der Umsetzung von Fahrplanabstimmungen bis zum Start der Taktverdichtung der Straßenbahn.

Die Ausführungen der Verwaltung zur Definition geeigneter Umsteigepunkte im Stadtgebiet und der Abstimmung der Fahrpläne der APG und der WSB (Vorlage Nr. 06/0600-5091/2022) werden zur Kenntnis genommen. Die weitere Befassung erfolgt in den jeweils zuständigen Gremien von Stadt und Landkreis.

Definition von geeigneten Umsteigepunkten im Stadtgebiet

Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es bereits eine Vielzahl von Verknüpfungspunkten zwischen dem Regionalverkehr, dem Schienenpersonennahverkehr und dem Stadtverkehr. Die wichtigste Schnittstelle ist hier der Busbahnhof, gefolgt von den Umsteigehaltstellen „Sanderring“, „Königsberger Straße“ und „Bürgerbräu“. Diese sind auch infrastrukturell für eine Umsteigebeziehung ausgelegt, bzw. es existieren laufende Ausbauplanungen. Daneben gibt es noch eine Vielzahl nachgeordneter Umsteigepunkte, wie z.B. die Haltestellen „Reuterstraße“, „Steinbachtal“ und „Ehehaltenhaus“, an denen regelmäßig Linien verknüpft sind, die mit weniger Infrastruktur auskommen.

Zusätzlich gibt es noch Verknüpfungspunkte zwischen dem Stadtverkehr und dem Schienenpersonennahverkehr. Diese sind weitestgehend durch die räumliche Positionierung der Bahnhalte vorgegeben. Bis auf den Bahnhof Zell sind alle Halte mit dem Stadtverkehr erschlossen. Der Bahnhof Zell soll perspektivisch direkt an die Rothofbrücke angebunden und dort eine Busverknüpfung geschaffen werden. Bis dahin wird geprüft, eine Buswendestelle in Bahnhofsnähe einzurichten.

Aktuell werden Optionen für zusätzlich zentrale Umsteigepunkte im Stadtgebiet vorgeschlagen, an denen die Regionallinien aus dem Landkreis Würzburg mit dem Stadtverkehr verknüpft werden könnten. Beispielsweise könnte die Haltestelle „Talavera“ zusätzlich durch die regionale Linie 520 bedient werden. Allerdings können hier Umsteigebeziehungen zwischen den die Haltestellen tangierenden Linien nicht, oder nur unzureichend realisiert werden, da eine geeignete Haltestelleninfrastruktur oder Fußwegeverbindung fehlen.

Bei überschlägiger Betrachtung scheinen diese Punkte grundsätzlich Sinn zu ergeben. Der nötige Infrastrukturausbau setzt jedoch voraus, dass bezüglich der Linienführung der Busse eine langfristige Konstanz besteht. In diesem Kontext sind im Stadtgebiet jedoch weitgehende Änderungen abzusehen, die aus der Neuordnung der Verkehre und des Straßenraums durch die Straßenbahnlinie ins Hubland herrühren. Insbesondere durch die baulichen Änderungen, die bereits planfestgestellt sind, werden Eingriffe in die bisherige Linienführung unumgänglich.

Der Ausbau von zusätzlichen Umsteigehaltestellen, außerhalb des Bestands setzt jedoch voraus, dass klar ist, wie die Linienverkehre nach Inbetriebnahme der Straßenbahn ins Hubland geführt werden. Die Linienführung der Stadt- und Regionalbusse wurde zwar im Rahmen des Verfahrens zur Planfeststellung durch die festgelegten Infrastrukturmaßnahmen an der Trasse vorkonzeptioniert, ist aber im Umgriff noch nicht vollständig festgelegt. Sobald eine diesbezügliche Festlegung erfolgt ist, kann eine Konkretisierung weiterer Umsteigepunkte erfolgen. In diesem Kontext kann dann gegebenenfalls auch eine Optimierung am Busbahnhof erfolgen, da einige Busse durch die neue Straßenbahn ins Hubland ersetzt werden.

Etablierung funktionierender Umsteigebeziehungen zwischen Stadt und Regionalverkehr – Abstimmung der Fahrpläne zwischen den verschiedenen Verkehrsunternehmen

Das Ineinandergreifen der Regionalbusverkehre mit dem Stadtverkehr, sowie dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ist essentiell für ein funktionierendes ÖPNV System, da ein Großteil des Verkehrsaufkommens in Würzburg von Einwohnern des Umlands generiert wird.

Aus diesem Grund wurde in einem gemeinsamen Termin am 17.05.2023 zwischen dem Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg, der WSB und der Stadt Würzburg eine Strategie für die künftige Organisation der Anschlussbeziehungen vereinbart.

So sollen künftig feste Anschlusspaare zwischen Straßenbahn und Regionalbus definiert werden, wobei der Regionalbus über das rechnergestützte Betriebsleitsystem automatisch zum Warten aufgefordert wird, sofern die verknüpfte Straßenbahn verspätet ist. Dabei werden feste Übergangszeiten für den Umstieg definiert. Es wird derzeit überprüft inwieweit und wo eine Verknüpfung in Schwachlastzeiten (z.B. sonntags) sinnvoll und möglich ist.

Dieses System soll ab dem 12.09.2023 nach den Sommerferien mit der Taktverdichtung der Straßenbahn zunächst an der Haltestelle „Bürgerbräu“ erprobt werden. Weitere Verknüpfungspunkte, wie die Haltestelle „Sanderring“ sollen folgen. Im Erprobungszeitraum sollen insbesondere die im Konzept fixierten festen Zeitbeziehungen zwischen den verknüpften Fahrten erprobt werden.

Im Zuge der Inbetriebnahme der Taktverdichtung der Straßenbahn werden nach Möglichkeit auch die Anschlussbeziehungen zu den Regionallinien – insbesondere in der Schwachlastzeit – an das neue Konzept angepasst. Hier ist von Vorteil, dass das neue Straßenbahnkonzept auf einem Grundangebot aufbaut, das an jedem Wochentag gleich

verkehrt und das modular, z.B. zu den Verkehrsspitzen morgens, mittags und abends verdichtet wird.

In diesem Kontext gilt es auch die Anschlussbeziehungen zu priorisieren, da aufgrund der durch den Linienverlauf vorgegebenen Fahrzeit zwischen den Haltstellen bei mehreren Verknüpfungsstellen technisch meist nur auf eine Haltestelle optimiert werden kann.

Eine Anschlussoptimierung auf den SPNV ist nur begrenzt möglich, da hier keine sauberen Taktverkehre angeboten werden. Die Taktlagen weichen oft um mehrere Minuten ab, so dass nur eine indirekte Kopplung mit dem Stadtverkehr möglich ist, der jeweils minutengleich abfährt.

Debatte:

Landrat Eberth gibt bekannt, dass Herr Bgm. Heilig krankheitsbedingt ausfällt und sein Vortrag zu diesem Punkt nicht stattfinden kann. Er stellt zur Frage, ob ein Sachvortrag gewünscht ist oder ob der TOP in der nächsten Sitzung des IKA behandelt werden soll.

Kreisrat Hansen weist darauf hin, dass der Sachvortrag schriftlich vorliege.

Er bedankt sich, dass die Anschlusssicherung als Pilotprojekt umgesetzt wird und würde sich freuen, wenn eine solche dann klappt und auch auf weitere Umstiegspunkte ausgedehnt wird. Er hofft, dass die Möglichkeiten für die Fahrgäste am Bürgerbräu und später auch in der ganzen Stadt sehr viel besser werden, weil dann niemand mehr die Bahn/den Bus verpasst. Er fragt zum einen nach dem Fahrweg der Busse. In dem Sachvortrag stehe, dass noch nicht geklärt ist, wie der Fahrweg der Busse im Allgemeinen ist, sobald die Straßenbahnlinie 6 umgesetzt sein wird. Es betrifft hauptsächlich die Busse aus dem westlichen Landkreis, die zur Zeit über die Leistenstraße, die Neue Universität und die Residenz zum Busbahnhof fahren. Aus seiner Sicht sieht er diesen Fahrweg allgemein schon seit Jahren eher kritisch, da hier viel Zeit vergehe im Vergleich zum direkten Fahrweg über die Wörthstraße und Friedensbrücke zum Hauptbahnhof (HBF). Dies führt seiner Meinung nach dazu, dass man die Umstiege am HBF nicht mehr ordentlich bekommen würde. Es wäre sinnvoll, möglichst direkte Fahrwege zu den Umstiegspunkten zu wählen, die in die Umstiegstaktungen gut hineinpassen. Aus seiner Sicht wäre es sinnvoll, den Fahrweg der westlichen Landkreisbusse über die Residenz komplett aufzugeben und über die Wörthstraße zu leiten. Er weist noch auf den Umstieg am Bahnhof Kirchheim hin.

Der zweite Punkt betrifft den Bahnhof, da die Umstiege zu den Zügen häufig nicht gut machbar sind. Er erwähnt einige Bahnhöfe, die hier betroffen sind. Der Hauptbahnhof sei hier eher kein Problem.

Kreisrat Hansen plädiert dafür, dass Landkreis und Stadt Würzburg ein Schreiben an die Bayerische Eisenbahngesellschaft –BEG- verfassen und in diesem bitten, die Abfahrtszeiten besser zu koordinieren, damit die Busse im Landkreis und in der Stadt besser darauf abgestimmt werden können. Eine Taktung halbstündlich oder stündlich wäre wünschenswert.

Landrat Eberth bittet Frau von Vietinghoff-Scheel und Herrn Schäfer, die beiden angesprochenen Punkte mitzunehmen, zu prüfen und ein Schreiben von Landrat und Oberbürgermeister an die BEG zu verfassen.

Kreisrat Labeille ist der Meinung, dass es eigentlich von vornherein klar sein müsste, dass ein Ineinandergreifen des Regionalbusverkehrs und des Stadtverkehrs essentiell für ein funktionierendes ÖPNV System ist. Er fragt sich, warum man seit Jahren solche Situationen habe, dass der Bus vor der Nase wegfährt. Er gibt zu bedenken, dass hier wohl nicht die Bedürfnisse der Fahrgäste im Vordergrund stehen und dass es hier sehr viel zu tun gibt. Warum braucht es hier einen Beschluss des Gremiums, damit sich WVV und das KU auf eine Koordination einigen.

Landrat Eberth schließt das Thema ab und erwähnt, dass es durchaus wichtig ist, wo der Fahrgast am Ende sitzt und dass er gut ankommt. Erst durch eine interkommunale Zusammenarbeit und der Bereitschaft, darüber nachzudenken, wird erreicht, dass vielleicht die eine Körperschaft leichter ihren Status aufgibt als die andere. Es gibt hier natürlich auch Finanzierungsfragen, die im Hintergrund stehen. Abstimmungsgespräche sind wichtig und die Zusammenarbeit verbessert sich latent. Kreistag und Stadtrat müssen dazu stehen, ggf. auch Mittel zur Verfügung zu stellen.

Landrat Eberth fasst zusammen, dass man im Workshop, der heute im Anschluss an die Sitzung stattfindet, Weiteres sehen werde.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur Kenntnis an S

Puchalla
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 28.06.2023	Vorlage: StabL/020/2023
		TOP 5
		öffentlich
Fachbereich: S - Stabsstelle Landrat		

Betreff:

Antrag: Für einen Bahnhofspunkt Würzburg-Nord/Gerbrunn

Anlage: Interfraktioneller Antrag vom 06.06.2023

Sachverhalt:

Mit Mail vom 06.06.2023, zuletzt geändert durch Mail vom 06.06.2023, eingegangen 22:40 Uhr, wurde beigefügter interfraktioneller Antrag bei Herrn Landrat Thomas Eberth eingereicht.

Die verschiedenen Fraktionen in Kreistag und Stadtrat sowie ein Stadtratsmitglied ZfW haben neben der Begründung auch folgenden Antrag formuliert:

Der interkommunale Ausschuss spricht sich für den Bau eines Bahnhofspunkts „Würzburg-Nord/Gerbrunn“ im Bereich der Überführung der Kitzinger Straße über die Bahnstrecke Würzburg-Rottendorf im Rahmen des viergleisigen Ausbaus der Bahnstrecke aus. Landrat Eberth und Oberbürgermeister Schuchardt legen dem Kreistag bzw. Stadtrat rechtzeitig vor der nächsten IKA-Sitzung entsprechende Beschlüsse zur Abstimmung vor und setzen sich bei den zuständigen Stellen von Bund, Bahn, Freistaat für den Bau des Haltepunkts ein.

Zur Begründung wird auf beigefügten Antrag verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Der Interkommunale Ausschuss spricht sich für eine Initiative zur Prüfung zum Bau eines Bahnhofspunkts „Würzburg-Nord/Gerbrunn“ im Bereich der Überführung der Kitzinger Straße über die Bahnstrecke Würzburg-Rottendorf im Rahmen des viergleisigen Ausbaus der Bahnstrecke aus.

Debatte:

Landrat Eberth informiert, dass es im Jahr 2021 hierzu bereits eine Anfrage bezüglich Hubland Ost/Gerbrunn vom 27.10.2021 gegeben habe. Damals gab es auch von Seiten der Stadt Würzburg eine intensive Analyse zu dieser Thematik u.a. hinsichtlich Erschließungswirkung, bauliche Restriktionen, verkehrsrechtliche Beurteilungen. Die Stadt Würzburg hat nach dieser Analyse im Jahr 2021 bereits intern den zusätzlichen Haltepunkt abgewogen.

Im Status Quo ist der fußläufige Erschließungskreis von nur geringen Potentialen gekennzeichnet. Der Halt würde seine Nutzer vornehmlich durch P&R, sowie B&R akquirieren.

Zusätzlich würde er durch die Buslinien 34 (Heidingsfeld - ...- Gerbrunn - Bahnhalt Gerbrunn - Gewerbegebiet Nürnberger Straße - ...- Grombühl) im 30 Minuten-Takt und die Linie 560 (Rottendorf- ...- Bahnhalt Gerbrunn - ..- Uni Hubland) mit ca. 3 Fahrtenpaaren erschlossen. Auf Basis vergleichbarer Halte wird so von einem Potential von ca. 150 - 250 Ein-/Aussteigern ausgegangen.

Bei starker Verdichtung des Busangebots und optimalen Anschlussbeziehungen, insbesondere in das Gewerbegebiet Nürnberger Straße, Uni Hubland und nach Gerbrunn, ist ein Potential von ca. 450 -650 Ein-/Aussteigern auf Basis vergleichbarer Halte durchaus denkbar.

Im Kontext der Sitzung des interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü hat sich ein Bürger an Landrat und Oberbürgermeister gewandt, ob nicht im Kontext der Linie 6 eine Verlängerung bis zu einem evtl. Bahnhof möglich wäre.

Kreisrat Hansen erachtet es für sinnvoll, hier nochmals deutlich zu machen, dass man als Gremien dies wolle. Der explizite Wunsch muss da sein und der Wille sollte im Gremium beschlossen werden.

Herr Oberbürgermeister Schuchardt stellt fest, dass dies ein interessanter Gedankengang ist. Jedoch sei wie erwähnt im Status Quo der Erschließungskreis nur von geringen Potentialen gekennzeichnet. Man könne hier weiter prüfen und sollte dies auch an die Bayerische Eisenbahngesellschaft –BEG- herantragen. Ihm ist wichtig, dass man gut in das Gewerbegebiet Ost kommt und auch eine optimale Anbindung der Linie 6 und auch nach Gerbrunn hat.

Landrat Eberth fasst zusammen, dass eine Beschlussempfehlung als Initiative zur Prüfung sicherlich nicht schädlich ist.

Beschluss:

Der Interkommunale Ausschuss spricht sich für eine Initiative zur Prüfung zum Bau eines Bahnhalt punkts „Würzburg-Nord/Gerbrunn“ im Bereich der Überführung der Kitzinger Straße über die Bahnstrecke Würzburg-Rottendorf im Rahmen des viergleisigen Ausbaus der Bahnstrecke aus.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: IKA slw/2023.06.28/Ö-5

Zur weiteren Veranlassung an S

Zur Kenntnis an SFB 8

Puchalla
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 28.06.2023	Vorlage:
		TOP 6
		öffentlich
Fachbereich:		

Betreff:
Sonstiges

6.1 Maintalsprinter

Debatte:

Stadträtin Grötsch erkundigt sich nach der Auslastung des Maintalsprinters, da sie die Gelegenheit hatte, diesen zu nutzen und auf weiter Strecke dieser nur mit 3 Personen belegt war.

Landrat Eberth führt aus, dass man die Fragestellung gerne mitnehme für eine der nächsten Sitzungen und ergänzt, dass es nicht nur den Maintalsprinter sondern auch den Wald- und Wiesensprinter gibt. Gleichzeitig gibt er die Frage an Frau von Vietinghoff-Scheel weiter.

Frau von Vietinghoff-Scheel ergänzt, dass sie aus dem Stegreif keine konkreten Zahlen nennen kann, jedoch gerne in einer der nächsten Sitzungen berichtet wird.

Stadträtin Grötsch regt an, die beiden Transportmöglichkeiten besser zu bewerben.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur weiteren Veranlassung an S

Zur Kenntnis an SFB 7, SFB 8

Puchalla
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r